

PRESSEMELDUNG

Gemeinsam Stärke zeigen – Europäische Warenbörse 2025 als Bühne für klare Worte zur EU-Politik

Berlin, 15.10.2025

Die 65. Europäische Warenbörse (EWB) mit 3500 Teilnehmenden aus der ganzen Welt hat heute in Berlin ihre Tore geöffnet. Sie ist damit nicht nur das bedeutendste Branchentreffen der europäischen Getreide- und Futtermittelwirtschaft, sondern bietet auch ein Forum für dringend notwendige politische Debatten. Die Herausforderungen wachsen: Während geopolitische Spannungen und regulatorische Unsicherheit die Branche belasten, wird der Ruf nach einer entschlossenen und einigen europäischen Politik lauter denn je.

Politische Uneinigkeit blockiert dringend notwendige Reformen

Aktuelle Recherchen zeigen, dass gerade bei zentralen EU-Vorhaben wie der Düngemittelverordnung, der Gentechnikgesetzgebung sowie der Entwaldungsverordnung gravierende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung, wie auch auf europäischer Ebene, bestehen. Diese Blockadehaltung gefährdet nicht nur den europäischen Zusammenhalt, sondern beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der gesamten Agrarwirtschaft spürbar. "Unsere Mitgliedsunternehmen erleben tagtäglich, dass die politische Uneinigkeit Innovation und Planungssicherheit massiv erschwert. Wir fordern von Berlin und Brüssel pragmatische, von Konsens bestimmte Lösungen im Interesse der Agrarbranche – ein weiteres Aussitzen können wir uns in der aktuellen Weltlage nicht leisten", betont Martin Courbier, Geschäftsführer des DAH.

Europäische Steuerung statt nationaler Blockaden

Die EWB wünscht sich, auch als Plattform zur Diskussion und offenen Positionsbestimmung wahrgenommen zu werden: "Wir appellieren an die Politik, die Europäische Warenbörse als Ort für offenen Austausch auch und gerade zu kritischen Reformvorhaben zu begreifen beispielsweise beim Umgang mit neuen Züchtungstechnologien, dem Abbau unnötiger Bürokratie und einer robusten Handelspolitik für Versorgungssicherheit in Europa", so Courbier weiter. Der Streit um die Entwaldungsverordnung und die Einführung einer Null-Risiko-Länderregelung verdeutlicht, wie schwierig es für die Bundesregierung ist, bei komplexen Zielkonflikten einheitliche Position finden. Während eine zu das



Landwirtschaftsministerium eine Ausnahmeregelung für bestimmte Importländer vorschlägt, warnt das Umweltministerium vor einer Aufweichung des Schutzstandards und verweist auf die Verantwortung gegenüber Klima und Biodiversität.

Wettbewerbsfähigkeit braucht mehr als Sonntagsreden

Die Branche erwartet konkrete Fortschritte statt Lippenbekenntnisse: "Die Agrar- und Handelsunternehmen Europas tragen Verantwortung für nachhaltige Wertschöpfung, Klima- und Umweltschutz, brauchen dafür jedoch mehr Entscheidungsfreiraum und weniger von nationalen Egoismen geprägte Sonderwege. Derzeit leidet die Glaubwürdigkeit der Politik, wenn Streit statt Steuerung dominiert", so die klare Botschaft der Branche.

Über den AGRARHANDEL

DER AGRARHANDEL ist die Interessenvertretung des Agrarhandels in Deutschland. Seine Mitgliedsunternehmen beliefern die Landwirtschaft mit Saatgut, Pflanzenschutz- und Düngemitteln sowie Futtermitteln. Sie erfassen bundesweit Agrarrohstoffe, wie Getreide und Ölsaaten, und vermarkten sie als Nahrungs- und Futtermittel im In- und Ausland. Auch zählen internationale Im- und Exporteure sowie Makler von Agrarerzeugnissen zu den Mitgliedern. DER AGRARHANDEL e.V. ging 2022 aus einer Verschmelzung des Bundesverbands Agrarhandel e.V. (BVA) und des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V. (VdG) hervor. Er unterhält Geschäftsstellen in Hamburg und Berlin.

Pressekontakt

Martin Courbier Geschäftsführer Invalidenstraße 34, 10115 Berlin

Tel.: +49 30 2790741-0 info@der-agrarhandel.de www.der-agrarhandel.de